

Bundesstaat Bayern

in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Auswärtige Angelegenheiten

Protest gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für Großübungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern (Glied-/Bundesstaat des Staatenbundes Deutsches Reich / Deutschland)

Öffentliche Bekanntgabe durch Frau Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Herrn Präsident Trump im Weißen Haus (Original-Video):

„Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“

Damit ist auch die Besatzungsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ als Nachkriegsordnung zu Ende!

Die internationale Öffentlichkeit ist nun darüber informiert, daß die alliierten Westmächte die Besatzung von Deutschland beendet haben und Deutschland – und damit auch Bayern – somit wieder freigegeben wurde.

Wir, die administrative Regierung des Staates Bundesstaat Bayern (in Reorganisation) protestieren daher auf das Schärfste, gegen jegliche Präsenz von NATO-Truppen auf unserem Territorium in Bayern, entgegen unserem hiermit erklärten Willen.

Der Staat Bundesstaat Bayern (in Reorganisation) ist kein Bündnispartner der NATO. Die NATO hat als internationale Nichtregierungsorganisation (NGO) die vom indigenen autochthonen deutschen Volk der Bayern geltend gemachten Souveränitäts- und Bodenrechte zu respektieren.

Es wird hiermit der sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert!

Jeglicher Transit von NATO-Truppen und jegliche Durchführung von NATO-Übungen mit Verletzung des Boden- und Luftraumes von Bayern ist unerwünscht und stellt daher einen schweren Bruch des Völkervertragsrechtes dar.

Zur friedlichen und völkerrechtskonformen Wiederherstellung des Status quo ante (bellum) gemäß § 185 Völkerrecht, Restitutionspflicht, ist mit der öffentlich erklärten Beendigung der Nachkriegsordnung durch die Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 der völkerrechtlich gebotene Rechtszustand in Bayern wiederherzustellen. Die von den Alliierten eingesetzte BRD-Verwaltung, Bundesrepublik Deutschland, hat das von ihr bisher verwaltete Gebiet in Bayern zu räumen – ihre Führung protegiert die NATO-Truppen auf unserem Territorium.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde, auf dem Fundament der Wahrheit!

Gegeben zu Ludwigshafen am 27. Mai 2018

Zeichen: AA 27-05-2018/031



Joachim Karl Riedel m. d. F. Janner

Bundesstaat Bayern Deutsches Reich
Bereich äußere Angelegenheiten

über Poststelle zu Ludwigshafen, Am Brückelgraben 9 [67071] Ludwigshafen

Name : Büro - Bayern - DR

Fax :

Empf.-Nr. 164
 Empfangsdatum und -zeit 28.05.2018 22:16
 Starten /Fertigst. 28.05.2018 22:16 /28.05.2018 22:27
 Ergeb. OK

| Empf.-Nr. | Dat. | Zeit | Typ | ID | Dauer | Seite | Ergeb. |
|-----------|-------|-------|------|------------|-------|---------|--------|
| 164 | 28.05 | 22:16 | Send | 0305900391 | 00:50 | 001/001 | OK |
| 164 | 28.05 | 22:18 | Send | 0302045757 | 00:39 | 001/001 | OK |
| 164 | 28.05 | 22:24 | Send | 0074956060 | 00:46 | 001/001 | OK |
| 164 | 28.05 | 22:26 | Send | 0302299397 | 00:43 | 001/001 | OK |



Bundestag Bayern
Der 1. Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Außenbeziehungen
Dr. Grottel
www.bundestag.de/auswaertigebeziehungen
Bundesrat Bayern

Protest gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für Großübungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern (Glaub-/Bundesrat des Staates Bundes Deutsches Reich / Deutschland)

Öffentliche Bekanntgabe durch Frau Bundesrätin Dr. Margot St. April 2018 bei der gemeinsamen Presskonferenz mit Herrn Präsident Trump im Weißen Haus (Original-Wortlaut)

„Diese Zeit der Annäherungsphase ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“

Damit ist auch die Verantwortung „Bundesrepublik Deutschland“ als Nachkriegsordnung zu Ende!

Wir unterstützen Offiziell mit nur 100000 Soldaten, mit allen Waffentypen die Stationierung von NATO-Truppen in Deutschland - und damit auch Bayern - nicht wieder Truppen in die

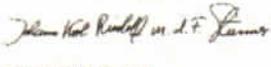
Wir, die demokratische Regierung des Staates Bundes Bayern (in Kooperation) unterstützen daher auf der Scharte, gegen jegliche Pläne von NATO-Truppen auf unserem Territorium in Bayern, entgegen unseren klar mitgeteilten Willen.

Der Staat Bayern hat Bayern (in Kooperation) in 1955 Schutzstatus der NATO, die NATO hat als Antwort die Notwendigkeit praktischer BRICS die von einigen an bestimmten deutschen VNA der Exzelle geteilten Schutzstatus, und Rückmeldung zu respektieren.

Es wird hiermit der sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert! Infolge Truppen von NATO-Truppen und jegliche Durchführung von NATO-Übungen mit Verletzung des Schutzes und Luftverkehrs von Bayern ist unannehmlich und stellt daher einen erheblichen Bruch des Völkerrechts dar.

Zur Freilassung und unbefristeten Wiedereinsetzung des Status quo ante (damals gemäß § 185 Völkerrecht, Restitutionspflicht, ist mit der Erfüllung verbunden) der VNA (Abzug) von Bayern (in Kooperation) in April 2018 der völkerrechtlich geteilte Restitutionspflicht in Bayern (in Kooperation), die von dem Abzug von BRICS, Bundesrat BRICS (Dona-Franz), hat das von der Exzelle veranlasst (damit in Bayern zu klären - das Fehlen) erfolgt mit NATO-Truppen auf unserem Territorium.

Wir wünschen ein Frieden (1) alle Völker dieser Erde, auf dem Fundament der Weisheit (2) Bayern zu unterstützen am 21. Mai 2018 (3) Bayern am 27.05.2018


Johann Karl Rindl *in d. F. Lechner*
Bundestag Bayern Deutsches Reich
 Bereich Außen Angelegenheiten
 über zentrale in Lechnerhof, Am Schützenplatz 9 (80331) Lechnerhof

Name : Büro - Bayern - DR

Fax :

Empf.-Nr. 166
 Empfangsdatum und -zeit 28.05.2018 23:03
 Starten /Fertigst. 28.05.2018 23:03 /28.05.2018 23:04
 Ergeb. OK

| Empf.-Nr. | Dat. | Zeit | Typ | ID | Dauer | Seite | Ergeb. |
|-----------|-------|-------|------|------------|-------|---------|--------|
| 166 | 28.05 | 23:03 | Send | 0308305105 | 00:48 | 001/001 | OK |



Landesamt Bayern
Landesamt für den öffentlichen Dienst
 www.Landesamt.Dienstleistungen.de

Ständiger Beauftragter

Prüfung gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für Übungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern (Glieder-/Bundesstaat des Staates Bundesrepublik Deutschland)

Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 27. April 2018 bei der gemeinsamen Presskonferenz mit Herrn Präsident Tumpel des Verwaltungsgerichts München

„Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“

Damit ist auch die Bestätigung der „Landespolitik Deutschland“ als Nachkriegsordnung zu Ende

Die Informations Offenheit ist von der Bundesregierung, die die meisten Wissenschaftler die Bestätigung von Deutschland bekräftigen haben und Deutschland - und damit auch Bayern - somit wieder freigegeben wurde.

Wir, die administrative Regierung des Staates Bundesland Bayern im Bundesgesetzgebungsamt haben auf die Überforderung jedes Präzedenz von NATO-Truppen auf unserem Territorium in Bayern, entgegen unserem Interesse erlassen werden.

Der Staat Bundesland Bayern im Bundesgesetzamt ist keine Vertragspartei der NATO. Die NATO hat als internationale Nichtregierungsorganisation (NRO) die von Mitgliedern aus dem deutschsprachigen Raum gebildet wurde und besteht aus Mitgliedern und Beobachtern zu respektieren.

Es wird klargestellt der sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert!

Angliederung von NATO-Truppen und jegliche Durchführung von NATO-Übungen mit Verletzung des Bundes- und Landesgesetzes von Bayern ist untersagt und stellt daher einen schweren Bruch des Völkervertrages dar.

Zur friedlichen und völkerverständlichen Wiedereinstellung des Status quo ante (Status gemäß § 28) Völkerverständlich, Restriktionenpflicht, ist sich der Öffentlichkeit erklärung Bedingung der Nachkriegsordnung durch die Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 der völkerverständlich gebildete Nachkriegsordnung in Bayern wiederherzustellen. Die von der Alliierten Alliierten BRD-Vereinbarung, Bundesgesetzgebung, hat die von der Bundeskanzlerin Merkel in Bayern zu klären - freie Fälligkeit erbringen. Die NATO-Truppen auf unserem Territorium.

Wir wünschen eine Prüfung für alle Völkerverständlich, mit dem Fundament der Staatlichkeit

Gepostet in: Landesamt für den öffentlichen Dienst am 27. April 2018
 Seiten: 14 27 28 2018/04


Johannes Karl Rindl im Auftrag des Landesamts
Landesamt Bayern Staatliches Reich
 Bereichs für den öffentlichen Dienst
 Über: Poststelle zu Landesamt für den öffentlichen Dienst (02071) Landesamt für den öffentlichen Dienst

Name : Büro - Bayern - DR

Fax :

Empf.-Nr. 170
 Empfangsdatum und -zeit 01.06.2018 22:19
 Starten /Fertigst. 01.06.2018 22:19 /02.06.2018 01:08
 Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
 Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
 Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

| Empf.-Nr. | Dat. | Zeit | Typ | ID | Dauer | Seite | Ergeb. |
|-----------|-------|-------|------|------------|-------|---------|-----------|
| 170 | 01.06 | 22:24 | Send | 0032270717 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 170 | 01.06 | 22:30 | Send | 0032270717 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 170 | 01.06 | 22:33 | Send | 0032270721 | 00:47 | 001/001 | OK |
| 170 | 01.06 | 22:38 | Send | 0032270724 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 170 | 01.06 | 22:44 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 170 | 01.06 | 22:49 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 170 | 01.06 | 22:55 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 170 | 01.06 | 23:02 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 170 | 01.06 | 23:08 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 170 | 01.06 | 23:14 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |



Bundestag Bayern
in der Rechtsform eines öffentlichen Unternehmens
 www.bundestag-bayern.de

Ständige Mitgliedschaft

**Protest gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für
 Großübungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern
 (Ständ-/Landesrat des Staates bayerisches Land / Deutschland)**

Öffentliche Schweigepflicht (und) Freizugbewilligung in München am 27. April 2018 bei der
 gemeinsamen Presskonferenz mit Herrn Professor Dr. rer. jur. Hubert Hain (CDU) in Wien

„Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“

Damit ist auch die Staatsangehörigkeit „Bundesbürger Deutschland“ als Nachkriegsordnung
 zu Ende!

Die internationale Öffentlichkeit ist nun über informiert, daß die alliierten Westmächte die
 Stationierung von Deutschland besetzen haben und Deutschland – und damit auch Bayern – zum
 vollen Besatzgebiet wurde.

Wir, die aktivistische Bewegung von Frauen Bundesrat Bayern im Bundesrat sind protestieren
 daher auf der Straße gegen jegliche Truppen von NATO-Truppen auf unserem Territorium in
 Bayern, solange unsere Freiheit nicht wiederhergestellt ist.

Der Staat Bundesrat Bayern im Bundesrat ist bald die einzige Organisation der NATO. Die NATO hat
 als völkerrechtliche Nichtregierungsorganisation (NRO) die von anderen europäischen Ländern
 von der Bundesregierung anerkannt (NRO) die Bundesrat zu unterstützen.

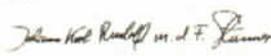
Es wird hiermit der sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert!

Jeglicher Einsatz von NATO-Truppen und jegliche Unterstützung von NATO-Clustern im Falle eines
 Einsatzes sind verboten und werden nicht toleriert und nicht durch einen solchen Schritt des
 Völkerrechtsverstoßes sein.

Zur Kredit- und völkerrechtlichen Verantwortung des Staates und unter Achtung gemäß
 § 115 Völkerrecht, Reichsorganisationsgesetz, so ist die öffentliche Erklärung der Reichsorga-
 nisation durch die Bundesregierung, März von 27. April 2018 ein völkerrechtlich gebotenes
 Rechtsgeschäft in Bayern völkerrechtlich, die von der alliierten eingetragene NRO-Verordnung,
 Bundesrat-DRG (2017) ist, für die von der Staat verantwortet. In Bayern ist Bayern – die
 Führung entgegen der NATO-Truppen auf unserem Territorium.

Wir wünschen ein Erleben für alle Völker dieser Erde, auf dem Fundament des Völkerrechts!

Original in Liebfahrten am 27. April 2018
 Datum: 04.06.2018


Johannes Karl Reinhold M. A. F. Reinhold
Bundestag Bayern Österreichische
 Bundesrat Bundesversammlung
 über: Österreichische, Liebfahrten, Air-Servicegruppen § 115 (1) Liebfahrten

Name : Büro - Bayern - DR

Fax :

| Empf.-Nr. | Dat. | Zeit | Typ | ID | Dauer | Seite | Ergeb. |
|-----------|-------|-------|------|------------|-------|---------|---------|
| 170 | 02.06 | 01:03 | Send | 0033270757 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 170 | 02.06 | 01:08 | Send | 0033270768 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |



Bundestag Bayern
In der Funktion der Bundestage-Beauftragten
des Landes
www.bundestag-bayern.de
Ständige Büropolizeits

**Protest gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für
Gründungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern
(Glieder-/Bundesstaat des Staates Bundes Deutsches Reich / Deutschland)**

Öffentliche Schwerepunkte durch Frau Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Herrn Präsidenten Trump in: Schloss Neue Koenigsplatz
„Jedem Ziel der Nato-Mitgliedschaft ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, wieder Verantwortung zu übernehmen.“
Dabei ist auch die Bundesregierung „Bundesrepublik Deutschland“ als Nato-Mitgliedschaft zu kritisieren!

Die internationale Öffentlichkeit ist nun darüber informiert, daß die alliierten Westmächte die Stationierung von Deutschland bewachen und Deutschland - und damit auch Bayern - somit unter Besatzung steht!

Wir, die schreibende Bewegung von Frauen Bundesrat Bayern im Bundesratland protestieren daher auf der 50-Jahre, gegen jegliche Stationierung von NATO-Truppen auf unserem Territorium in Bayern, entgegen unserer bereits erklärten Willen!

Der Frau Bundesrat Bayern im Bundesratland ist kein Bundesrat der NATO. Die NATO hat als internationale Bündnisorganisation (NATO) die von alliierten westlichen deutschen Völkern der Bayern getrennt getrennt (Sonderabteilung) zu realisieren zu realisieren.

Es wird hiermit der sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert!
Jedlicher Transit von NATO-Truppen und jegliche Durchführung von NATO-Gängen mit Vertretung des Bundes und Landes in Bayern ist unzulässig und stellt daher einen schweren Bruch des Völkerrechts dar.

Zur friedlichen und völkerrechtskonformen Wahrung des Bundes von dem Bundesrat gemäß § 185 Völkerrecht, Bundesratpflicht, ist in der öffentlich erklärten Besetzung der Nato-Mitgliedschaft durch die Bundeskanzlerin, Herrn am 27. April 2018 vor völkerrechtlich gebundenen Rechtsstaat der Bayern abzuwehren. Die von der alliierten westlichen NATO-Mitgliedschaft, Bundesrat der Deutschen, bei der ich für Bayern vertritt, ist Bayern zu realisieren - ihre Führung präzisieren die NATO-Truppen auf unserem Territorium.

Wir wünschen ein Frieden für alle Völker der Erde, auf dem Fundament von Wahrheit!

Erstellt in: Ludwigshafen am 27. April 2018
Jahres AA 27.08.2018/18


Johannes Karl Rindl m. d. F. *Klein*
 Bundesrat Bayern Deutsches Reich
 Bereich Außen Angelegenheiten
 über: Ministerium für Landespolitik, Außen Angelegenheiten § 18/12/11 Ludwigshafen

Name : Büro - Bayern - DR
Fax :

Empf.-Nr. 172
Empfangsdatum und -zeit 02.06.2018 19:00
Starten /Fertigst. 02.06.2018 19:00 /02.06.2018 21:44
Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

| Empf.-Nr. | Dat. | Zeit | Typ | ID | Dauer | Seite | Ergeb. |
|-----------|-------|-------|------|------------|-------|---------|-----------|
| 172 | 02.06 | 19:04 | Send | 0032270717 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 19:11 | Send | 0032270717 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 19:16 | Send | 0032270724 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 19:22 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 19:28 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 19:34 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 19:41 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 19:47 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 19:53 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 19:58 | Send | 0032270731 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |

Landesregierung Bayern
www.landreg-bayern.de
www.landreg-bayern.de/aktuelle-pressenachrichten

Bundesliga Angelegenheiten

**Protest gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für
Gründungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern
(Gleich-/Bundesrat des Staates Bundes Deutsches Reich / Deutschland)**

Öffentliche Bekanntgabe durch Frau Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 bei der
gemeinsamen Presskonferenz mit Herrn Präsident Trump in Wolke Hain (Düsseldorf/Vladivostok)

„Dieser Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“
Dies ist nach der Bestätigungswahl „Bundesrepublik Deutschland“ als Nachkriegsordnung zu Ende.

Die gemeinsame Öffentlichkeit ist nun darüber informiert, dass die alliierten Westmächte die
Bestellung von (amerikanische) Besatzungskräfte und (deutsche) - und kann auch Bayern - sind
weiter "tragbar" wurde.

Wir, die demokratische Regierung des Staates Bundes Bayern (in Regeneranz) protestieren
daher auf der Seite des gegenwärtigen Protestes von NATO-Truppen auf unserem Territorium in
Bayern, es ergibt sich nicht als erklärtes Willen.

Der Staat Bundes Bayern (in Regeneranz) ist Mitglied der NATO. Die NATO hat
als anerkannter militärischer Organismus (NGO) die von ihr getragenen militärischen deutschen
Verbände der Bundeswehr (in Regeneranz) - ein Bundesrat zu unterstützen.

Es wird hiermit der sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert!
Insbesondere sind alle NATO-Truppen und alle durch Übungen von NATO-Truppen mit Verletzung
des Boden- und Luftraums von Bayern mit verursacht und nicht über einen schmerzlichen Schritt des
Widerstands zu sein.

Zur Freilassung von Widerstandskämpfern Wiederherstellung des Friedens und der Freiheit gemäß
§ 111 (1) Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5, Abs. 6, Abs. 7, Abs. 8, Abs. 9, Abs. 10, Abs. 11, Abs. 12, Abs. 13, Abs. 14, Abs. 15, Abs. 16, Abs. 17, Abs. 18, Abs. 19, Abs. 20, Abs. 21, Abs. 22, Abs. 23, Abs. 24, Abs. 25, Abs. 26, Abs. 27, Abs. 28, Abs. 29, Abs. 30, Abs. 31, Abs. 32, Abs. 33, Abs. 34, Abs. 35, Abs. 36, Abs. 37, Abs. 38, Abs. 39, Abs. 40, Abs. 41, Abs. 42, Abs. 43, Abs. 44, Abs. 45, Abs. 46, Abs. 47, Abs. 48, Abs. 49, Abs. 50, Abs. 51, Abs. 52, Abs. 53, Abs. 54, Abs. 55, Abs. 56, Abs. 57, Abs. 58, Abs. 59, Abs. 60, Abs. 61, Abs. 62, Abs. 63, Abs. 64, Abs. 65, Abs. 66, Abs. 67, Abs. 68, Abs. 69, Abs. 70, Abs. 71, Abs. 72, Abs. 73, Abs. 74, Abs. 75, Abs. 76, Abs. 77, Abs. 78, Abs. 79, Abs. 80, Abs. 81, Abs. 82, Abs. 83, Abs. 84, Abs. 85, Abs. 86, Abs. 87, Abs. 88, Abs. 89, Abs. 90, Abs. 91, Abs. 92, Abs. 93, Abs. 94, Abs. 95, Abs. 96, Abs. 97, Abs. 98, Abs. 99, Abs. 100, Abs. 101, Abs. 102, Abs. 103, Abs. 104, Abs. 105, Abs. 106, Abs. 107, Abs. 108, Abs. 109, Abs. 110, Abs. 111, Abs. 112, Abs. 113, Abs. 114, Abs. 115, Abs. 116, Abs. 117, Abs. 118, Abs. 119, Abs. 120, Abs. 121, Abs. 122, Abs. 123, Abs. 124, Abs. 125, Abs. 126, Abs. 127, Abs. 128, Abs. 129, Abs. 130, Abs. 131, Abs. 132, Abs. 133, Abs. 134, Abs. 135, Abs. 136, Abs. 137, Abs. 138, Abs. 139, Abs. 140, Abs. 141, Abs. 142, Abs. 143, Abs. 144, Abs. 145, Abs. 146, Abs. 147, Abs. 148, Abs. 149, Abs. 150, Abs. 151, Abs. 152, Abs. 153, Abs. 154, Abs. 155, Abs. 156, Abs. 157, Abs. 158, Abs. 159, Abs. 160, Abs. 161, Abs. 162, Abs. 163, Abs. 164, Abs. 165, Abs. 166, Abs. 167, Abs. 168, Abs. 169, Abs. 170, Abs. 171, Abs. 172, Abs. 173, Abs. 174, Abs. 175, Abs. 176, Abs. 177, Abs. 178, Abs. 179, Abs. 180, Abs. 181, Abs. 182, Abs. 183, Abs. 184, Abs. 185, Abs. 186, Abs. 187, Abs. 188, Abs. 189, Abs. 190, Abs. 191, Abs. 192, Abs. 193, Abs. 194, Abs. 195, Abs. 196, Abs. 197, Abs. 198, Abs. 199, Abs. 200, Abs. 201, Abs. 202, Abs. 203, Abs. 204, Abs. 205, Abs. 206, Abs. 207, Abs. 208, Abs. 209, Abs. 210, Abs. 211, Abs. 212, Abs. 213, Abs. 214, Abs. 215, Abs. 216, Abs. 217, Abs. 218, Abs. 219, Abs. 220, Abs. 221, Abs. 222, Abs. 223, Abs. 224, Abs. 225, Abs. 226, Abs. 227, Abs. 228, Abs. 229, Abs. 230, Abs. 231, Abs. 232, Abs. 233, Abs. 234, Abs. 235, Abs. 236, Abs. 237, Abs. 238, Abs. 239, Abs. 240, Abs. 241, Abs. 242, Abs. 243, Abs. 244, Abs. 245, Abs. 246, Abs. 247, Abs. 248, Abs. 249, Abs. 250, Abs. 251, Abs. 252, Abs. 253, Abs. 254, Abs. 255, Abs. 256, Abs. 257, Abs. 258, Abs. 259, Abs. 260, Abs. 261, Abs. 262, Abs. 263, Abs. 264, Abs. 265, Abs. 266, Abs. 267, Abs. 268, Abs. 269, Abs. 270, Abs. 271, Abs. 272, Abs. 273, Abs. 274, Abs. 275, Abs. 276, Abs. 277, Abs. 278, Abs. 279, Abs. 280, Abs. 281, Abs. 282, Abs. 283, Abs. 284, Abs. 285, Abs. 286, Abs. 287, Abs. 288, Abs. 289, Abs. 290, Abs. 291, Abs. 292, Abs. 293, Abs. 294, Abs. 295, Abs. 296, Abs. 297, Abs. 298, Abs. 299, Abs. 300, Abs. 301, Abs. 302, Abs. 303, Abs. 304, Abs. 305, Abs. 306, Abs. 307, Abs. 308, Abs. 309, Abs. 310, Abs. 311, Abs. 312, Abs. 313, Abs. 314, Abs. 315, Abs. 316, Abs. 317, Abs. 318, Abs. 319, Abs. 320, Abs. 321, Abs. 322, Abs. 323, Abs. 324, Abs. 325, Abs. 326, Abs. 327, Abs. 328, Abs. 329, Abs. 330, Abs. 331, Abs. 332, Abs. 333, Abs. 334, Abs. 335, Abs. 336, Abs. 337, Abs. 338, Abs. 339, Abs. 340, Abs. 341, Abs. 342, Abs. 343, Abs. 344, Abs. 345, Abs. 346, Abs. 347, Abs. 348, Abs. 349, Abs. 350, Abs. 351, Abs. 352, Abs. 353, Abs. 354, Abs. 355, Abs. 356, Abs. 357, Abs. 358, Abs. 359, Abs. 360, Abs. 361, Abs. 362, Abs. 363, Abs. 364, Abs. 365, Abs. 366, Abs. 367, Abs. 368, Abs. 369, Abs. 370, Abs. 371, Abs. 372, Abs. 373, Abs. 374, Abs. 375, Abs. 376, Abs. 377, Abs. 378, Abs. 379, Abs. 380, Abs. 381, Abs. 382, Abs. 383, Abs. 384, Abs. 385, Abs. 386, Abs. 387, Abs. 388, Abs. 389, Abs. 390, Abs. 391, Abs. 392, Abs. 393, Abs. 394, Abs. 395, Abs. 396, Abs. 397, Abs. 398, Abs. 399, Abs. 400, Abs. 401, Abs. 402, Abs. 403, Abs. 404, Abs. 405, Abs. 406, Abs. 407, Abs. 408, Abs. 409, Abs. 410, Abs. 411, Abs. 412, Abs. 413, Abs. 414, Abs. 415, Abs. 416, Abs. 417, Abs. 418, Abs. 419, Abs. 420, Abs. 421, Abs. 422, Abs. 423, Abs. 424, Abs. 425, Abs. 426, Abs. 427, Abs. 428, Abs. 429, Abs. 430, Abs. 431, Abs. 432, Abs. 433, Abs. 434, Abs. 435, Abs. 436, Abs. 437, Abs. 438, Abs. 439, Abs. 440, Abs. 441, Abs. 442, Abs. 443, Abs. 444, Abs. 445, Abs. 446, Abs. 447, Abs. 448, Abs. 449, Abs. 450, Abs. 451, Abs. 452, Abs. 453, Abs. 454, Abs. 455, Abs. 456, Abs. 457, Abs. 458, Abs. 459, Abs. 460, Abs. 461, Abs. 462, Abs. 463, Abs. 464, Abs. 465, Abs. 466, Abs. 467, Abs. 468, Abs. 469, Abs. 470, Abs. 471, Abs. 472, Abs. 473, Abs. 474, Abs. 475, Abs. 476, Abs. 477, Abs. 478, Abs. 479, Abs. 480, Abs. 481, Abs. 482, Abs. 483, Abs. 484, Abs. 485, Abs. 486, Abs. 487, Abs. 488, Abs. 489, Abs. 490, Abs. 491, Abs. 492, Abs. 493, Abs. 494, Abs. 495, Abs. 496, Abs. 497, Abs. 498, Abs. 499, Abs. 500, Abs. 501, Abs. 502, Abs. 503, Abs. 504, Abs. 505, Abs. 506, Abs. 507, Abs. 508, Abs. 509, Abs. 510, Abs. 511, Abs. 512, Abs. 513, Abs. 514, Abs. 515, Abs. 516, Abs. 517, Abs. 518, Abs. 519, Abs. 520, Abs. 521, Abs. 522, Abs. 523, Abs. 524, Abs. 525, Abs. 526, Abs. 527, Abs. 528, Abs. 529, Abs. 530, Abs. 531, Abs. 532, Abs. 533, Abs. 534, Abs. 535, Abs. 536, Abs. 537, Abs. 538, Abs. 539, Abs. 540, Abs. 541, Abs. 542, Abs. 543, Abs. 544, Abs. 545, Abs. 546, Abs. 547, Abs. 548, Abs. 549, Abs. 550, Abs. 551, Abs. 552, Abs. 553, Abs. 554, Abs. 555, Abs. 556, Abs. 557, Abs. 558, Abs. 559, Abs. 560, Abs. 561, Abs. 562, Abs. 563, Abs. 564, Abs. 565, Abs. 566, Abs. 567, Abs. 568, Abs. 569, Abs. 570, Abs. 571, Abs. 572, Abs. 573, Abs. 574, Abs. 575, Abs. 576, Abs. 577, Abs. 578, Abs. 579, Abs. 580, Abs. 581, Abs. 582, Abs. 583, Abs. 584, Abs. 585, Abs. 586, Abs. 587, Abs. 588, Abs. 589, Abs. 590, Abs. 591, Abs. 592, Abs. 593, Abs. 594, Abs. 595, Abs. 596, Abs. 597, Abs. 598, Abs. 599, Abs. 600, Abs. 601, Abs. 602, Abs. 603, Abs. 604, Abs. 605, Abs. 606, Abs. 607, Abs. 608, Abs. 609, Abs. 610, Abs. 611, Abs. 612, Abs. 613, Abs. 614, Abs. 615, Abs. 616, Abs. 617, Abs. 618, Abs. 619, Abs. 620, Abs. 621, Abs. 622, Abs. 623, Abs. 624, Abs. 625, Abs. 626, Abs. 627, Abs. 628, Abs. 629, Abs. 630, Abs. 631, Abs. 632, Abs. 633, Abs. 634, Abs. 635, Abs. 636, Abs. 637, Abs. 638, Abs. 639, Abs. 640, Abs. 641, Abs. 642, Abs. 643, Abs. 644, Abs. 645, Abs. 646, Abs. 647, Abs. 648, Abs. 649, Abs. 650, Abs. 651, Abs. 652, Abs. 653, Abs. 654, Abs. 655, Abs. 656, Abs. 657, Abs. 658, Abs. 659, Abs. 660, Abs. 661, Abs. 662, Abs. 663, Abs. 664, Abs. 665, Abs. 666, Abs. 667, Abs. 668, Abs. 669, Abs. 670, Abs. 671, Abs. 672, Abs. 673, Abs. 674, Abs. 675, Abs. 676, Abs. 677, Abs. 678, Abs. 679, Abs. 680, Abs. 681, Abs. 682, Abs. 683, Abs. 684, Abs. 685, Abs. 686, Abs. 687, Abs. 688, Abs. 689, Abs. 690, Abs. 691, Abs. 692, Abs. 693, Abs. 694, Abs. 695, Abs. 696, Abs. 697, Abs. 698, Abs. 699, Abs. 700, Abs. 701, Abs. 702, Abs. 703, Abs. 704, Abs. 705, Abs. 706, Abs. 707, Abs. 708, Abs. 709, Abs. 710, Abs. 711, Abs. 712, Abs. 713, Abs. 714, Abs. 715, Abs. 716, Abs. 717, Abs. 718, Abs. 719, Abs. 720, Abs. 721, Abs. 722, Abs. 723, Abs. 724, Abs. 725, Abs. 726, Abs. 727, Abs. 728, Abs. 729, Abs. 730, Abs. 731, Abs. 732, Abs. 733, Abs. 734, Abs. 735, Abs. 736, Abs. 737, Abs. 738, Abs. 739, Abs. 740, Abs. 741, Abs. 742, Abs. 743, Abs. 744, Abs. 745, Abs. 746, Abs. 747, Abs. 748, Abs. 749, Abs. 750, Abs. 751, Abs. 752, Abs. 753, Abs. 754, Abs. 755, Abs. 756, Abs. 757, Abs. 758, Abs. 759, Abs. 760, Abs. 761, Abs. 762, Abs. 763, Abs. 764, Abs. 765, Abs. 766, Abs. 767, Abs. 768, Abs. 769, Abs. 770, Abs. 771, Abs. 772, Abs. 773, Abs. 774, Abs. 775, Abs. 776, Abs. 777, Abs. 778, Abs. 779, Abs. 780, Abs. 781, Abs. 782, Abs. 783, Abs. 784, Abs. 785, Abs. 786, Abs. 787, Abs. 788, Abs. 789, Abs. 790, Abs. 791, Abs. 792, Abs. 793, Abs. 794, Abs. 795, Abs. 796, Abs. 797, Abs. 798, Abs. 799, Abs. 800, Abs. 801, Abs. 802, Abs. 803, Abs. 804, Abs. 805, Abs. 806, Abs. 807, Abs. 808, Abs. 809, Abs. 810, Abs. 811, Abs. 812, Abs. 813, Abs. 814, Abs. 815, Abs. 816, Abs. 817, Abs. 818, Abs. 819, Abs. 820, Abs. 821, Abs. 822, Abs. 823, Abs. 824, Abs. 825, Abs. 826, Abs. 827, Abs. 828, Abs. 829, Abs. 830, Abs. 831, Abs. 832, Abs. 833, Abs. 834, Abs. 835, Abs. 836, Abs. 837, Abs. 838, Abs. 839, Abs. 840, Abs. 841, Abs. 842, Abs. 843, Abs. 844, Abs. 845, Abs. 846, Abs. 847, Abs. 848, Abs. 849, Abs. 850, Abs. 851, Abs. 852, Abs. 853, Abs. 854, Abs. 855, Abs. 856, Abs. 857, Abs. 858, Abs. 859, Abs. 860, Abs. 861, Abs. 862, Abs. 863, Abs. 864, Abs. 865, Abs. 866, Abs. 867, Abs. 868, Abs. 869, Abs. 870, Abs. 871, Abs. 872, Abs. 873, Abs. 874, Abs. 875, Abs. 876, Abs. 877, Abs. 878, Abs. 879, Abs. 880, Abs. 881, Abs. 882, Abs. 883, Abs. 884, Abs. 885, Abs. 886, Abs. 887, Abs. 888, Abs. 889, Abs. 890, Abs. 891, Abs. 892, Abs. 893, Abs. 894, Abs. 895, Abs. 896, Abs. 897, Abs. 898, Abs. 899, Abs. 900, Abs. 901, Abs. 902, Abs. 903, Abs. 904, Abs. 905, Abs. 906, Abs. 907, Abs. 908, Abs. 909, Abs. 910, Abs. 911, Abs. 912, Abs. 913, Abs. 914, Abs. 915, Abs. 916, Abs. 917, Abs. 918, Abs. 919, Abs. 920, Abs. 921, Abs. 922, Abs. 923, Abs. 924, Abs. 925, Abs. 926, Abs. 927, Abs. 928, Abs. 929, Abs. 930, Abs. 931, Abs. 932, Abs. 933, Abs. 934, Abs. 935, Abs. 936, Abs. 937, Abs. 938, Abs. 939, Abs. 940, Abs. 941, Abs. 942, Abs. 943, Abs. 944, Abs. 945, Abs. 946, Abs. 947, Abs. 948, Abs. 949, Abs. 950, Abs. 951, Abs. 952, Abs. 953, Abs. 954, Abs. 955, Abs. 956, Abs. 957, Abs. 958, Abs. 959, Abs. 960, Abs. 961, Abs. 962, Abs. 963, Abs. 964, Abs. 965, Abs. 966, Abs. 967, Abs. 968, Abs. 969, Abs. 970, Abs. 971, Abs. 972, Abs. 973, Abs. 974, Abs. 975, Abs. 976, Abs. 977, Abs. 978, Abs. 979, Abs. 980, Abs. 981, Abs. 982, Abs. 983, Abs. 984, Abs. 985, Abs. 986, Abs. 987, Abs. 988, Abs. 989, Abs. 990, Abs. 991, Abs. 992, Abs. 993, Abs. 994, Abs. 995, Abs. 996, Abs. 997, Abs. 998, Abs. 999, Abs. 1000, Abs. 1001, Abs. 1002, Abs. 1003, Abs. 1004, Abs. 1005, Abs. 1006, Abs. 1007, Abs. 1008, Abs. 1009, Abs. 1010, Abs. 1011, Abs. 1012, Abs. 1013, Abs. 1014, Abs. 1015, Abs. 1016, Abs. 1017, Abs. 1018, Abs. 1019, Abs. 1020, Abs. 1021, Abs. 1022, Abs. 1023, Abs. 1024, Abs. 1025, Abs. 1026, Abs. 1027, Abs. 1028, Abs. 1029, Abs. 1030, Abs. 1031, Abs. 1032, Abs. 1033, Abs. 1034, Abs. 1035, Abs. 1036, Abs. 1037, Abs. 1038, Abs. 1039, Abs. 1040, Abs. 1041, Abs. 1042, Abs. 1043, Abs. 1044, Abs. 1045, Abs. 1046, Abs. 1047, Abs. 1048, Abs. 1049, Abs. 1050, Abs. 1051, Abs. 1052, Abs. 1053, Abs. 1054, Abs. 1055, Abs. 1056, Abs. 1057, Abs. 1058, Abs. 1059, Abs. 1060, Abs. 1061, Abs. 1062, Abs. 1063, Abs. 1064, Abs. 1065, Abs. 1066, Abs. 1067, Abs. 1068, Abs. 1069, Abs. 1070, Abs. 1071, Abs. 1072, Abs. 1073, Abs. 1074, Abs. 1075, Abs. 1076, Abs. 1077, Abs. 1078, Abs. 1079, Abs. 1080, Abs. 1081, Abs. 1082, Abs. 1083, Abs. 1084, Abs. 1085, Abs. 1086, Abs. 1087, Abs. 1088, Abs. 1089, Abs. 1090, Abs. 1091, Abs. 1092, Abs. 1093, Abs. 1094, Abs. 1095, Abs. 1096, Abs. 1097, Abs. 1098, Abs. 1099, Abs. 1100, Abs. 1101, Abs. 1102, Abs. 1103, Abs. 1104, Abs. 1105, Abs. 1106, Abs. 1107, Abs. 1108, Abs. 1109, Abs. 1110, Abs. 1111, Abs. 1112, Abs. 1113, Abs. 1114, Abs. 1115, Abs. 1116, Abs. 1117, Abs. 1118, Abs. 1119, Abs. 1120, Abs. 1121, Abs. 1122, Abs. 1123, Abs. 1124, Abs. 1125, Abs. 1126, Abs. 1127, Abs. 1128, Abs. 1129, Abs. 1130, Abs. 1131, Abs. 1132, Abs. 1133, Abs. 1134, Abs. 1135, Abs. 1136, Abs. 1137, Abs. 1138, Abs. 1139, Abs. 1140, Abs. 1141, Abs. 1142, Abs. 1143, Abs. 1144, Abs. 1145, Abs. 1146, Abs. 1147, Abs. 1148, Abs. 1149, Abs. 1150, Abs. 1151, Abs. 1152, Abs. 1153, Abs. 1154, Abs. 1155, Abs. 1156, Abs. 1157, Abs. 1158, Abs. 1159, Abs. 1160, Abs. 1161, Abs. 1162, Abs. 1163, Abs. 1164, Abs. 1165, Abs. 1166, Abs. 1167, Abs. 1168, Abs. 1169, Abs. 1170, Abs. 1171, Abs. 1172, Abs. 1173, Abs. 1174, Abs. 1175, Abs. 1176, Abs. 1177, Abs. 1178, Abs. 1179, Abs. 1180, Abs. 1181, Abs. 1182, Abs. 1183, Abs. 1184, Abs. 1185, Abs. 1186, Abs. 1187, Abs. 1188, Abs. 1189, Abs. 1190, Abs. 1191, Abs. 1192, Abs. 1193, Abs. 1194, Abs. 1195, Abs. 1196, Abs. 1197, Abs. 1198, Abs. 1199, Abs. 1200, Abs. 1201, Abs. 1202, Abs. 1203, Abs. 1204, Abs. 1205, Abs. 1206, Abs. 1207, Abs. 1208, Abs. 1209, Abs. 1210, Abs. 1211, Abs. 1212, Abs. 1213, Abs. 1214, Abs. 1215, Abs. 1216, Abs. 1217, Abs. 1218, Abs. 1219, Abs. 1220, Abs. 1221, Abs. 1222, Abs. 1223, Abs. 1224, Abs. 1225, Abs. 1226, Abs. 1227, Abs. 1228, Abs. 1229, Abs. 1230, Abs. 1231, Abs. 1232, Abs. 1233, Abs. 1234, Abs. 1235, Abs. 1236, Abs. 1237, Abs. 1238, Abs. 1239, Abs. 1240, Abs. 1241, Abs. 1242, Abs. 1243, Abs. 1244, Abs. 1245, Abs. 1246, Abs. 1247, Abs. 1248, Abs. 1249, Abs. 1250, Abs. 1251, Abs. 1252, Abs. 1253, Abs. 1254, Abs. 1255, Abs. 1256, Abs. 1257, Abs. 1258, Abs. 1259, Abs. 1260, Abs. 1261, Abs. 1262, Abs. 1263, Abs. 1264, Abs. 1265, Abs. 1266, Abs. 1267, Abs. 1268, Abs. 1269, Abs. 1270, Abs. 1271, Abs. 1272, Abs. 1273, Abs. 1274, Abs. 1275, Abs. 1276, Abs. 1277, Abs. 1278, Abs. 1279, Abs. 1280, Abs. 1281, Abs. 1282, Abs. 1283, Abs. 1284, Abs. 1285, Abs. 1286, Abs. 1287, Abs. 1288, Abs. 1289, Abs. 1290, Abs. 1291, Abs. 1292, Abs. 1293, Abs. 1294, Abs. 1295, Abs. 1296, Abs. 1297, Abs. 1298, Abs. 1299, Abs. 1300, Abs. 1301, Abs. 1302, Abs. 1303, Abs. 1304, Abs. 1305, Abs. 1306, Abs. 1307, Abs. 1308, Abs. 1309, Abs. 1310, Abs. 1311, Abs. 1312, Abs. 1313, Abs. 1314, Abs. 1315, Abs. 1316, Abs. 1317, Abs. 1318, Abs. 1319, Abs. 1320, Abs. 1321, Abs. 1322, Abs. 1323, Abs. 1324, Abs. 1325, Abs. 1326, Abs. 1327, Abs. 1328, Abs. 1329, Abs. 1330, Abs. 1331, Abs. 1332, Abs. 1333, Abs. 1334, Abs. 1335, Abs. 1336, Abs. 1337, Abs. 1338, Abs. 1339, Abs. 1340, Abs. 1341, Abs. 1342, Abs. 1343, Abs. 1344, Abs. 1345, Abs. 1346, Abs. 1347, Abs. 1348, Abs. 1349, Abs. 1350, Abs. 1351, Abs. 1352, Abs. 1353, Abs. 1354, Abs. 1355, Abs. 1356, Abs. 1357, Abs. 1358, Abs. 1359, Abs. 1360, Abs. 1361, Abs. 1362, Abs. 1363, Abs. 1364, Abs. 1365, Abs. 1366, Abs. 1367, Abs. 1368, Abs. 1369, Abs. 1370, Abs. 1371, Abs. 1372, Abs. 1373, Abs. 1374, Abs. 1375, Abs. 1376, Abs. 1377, Abs. 1378, Abs. 1379, Abs. 1380, Abs. 1381, Abs. 1382, Abs. 1383, Abs. 1384, Abs. 1385, Abs. 1386, Abs. 1387, Abs. 1388, Abs. 1389, Abs. 1390, Abs. 1391, Abs. 1392, Abs. 1393, Abs. 1394, Abs. 1395, Abs. 1396, Abs. 1397, Abs. 1398, Abs. 1399, Abs. 1400, Abs. 1401, Abs. 1402, Abs. 1403, Abs. 1404, Abs. 1405, Abs. 1406, Abs. 1407, Abs. 1408, Abs. 1409, Abs. 1410, Abs. 1411, Abs. 1412, Abs. 1413, Abs. 1414, Abs. 1415, Abs. 1416, Abs. 1417, Abs. 1418, Abs. 1419, Abs. 1420, Abs. 1421, Abs. 1422, Abs. 1423, Abs. 1424, Abs. 1425, Abs. 1426, Abs. 1427, Abs. 1428, Abs. 1429, Abs. 1430, Abs. 1431, Abs. 1432, Abs. 1433, Abs. 1434, Abs. 1435, Abs. 1436, Abs. 1437, Abs. 1438, Abs. 1439, Abs. 1440, Abs. 1441, Abs. 1442, Abs. 1

Name : Büro - Bayern - DR

Fax :

| Empf.-Nr. | Dat. | Zeit | Typ | ID | Dauer | Seite | Ergeb. |
|-----------|-------|-------|------|------------|-------|---------|-----------|
| 172 | 02.06 | 20:04 | Send | 0032270742 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 20:09 | Send | 0032270745 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 20:15 | Send | 0032270747 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 20:20 | Send | 0032270756 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 20:27 | Send | 0032270757 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 20:32 | Send | 0032270760 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 20:36 | Send | 0032270761 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 20:41 | Send | 0032270762 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 20:45 | Send | 0032270763 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 20:50 | Send | 0032270764 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 20:56 | Send | 0032270770 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 21:03 | Send | 0032270774 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 21:08 | Send | 0032270780 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 21:12 | Send | 0032270789 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 21:18 | Send | 0032270795 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 21:25 | Send | 0032270796 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 172 | 02.06 | 21:30 | Send | 0033270727 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 21:34 | Send | 0033270734 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 21:39 | Send | 0033270757 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 172 | 02.06 | 21:43 | Send | 0033270768 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |



Bundesrat Bayern
an der Leibniz-Universität Hannover
 30113 Hannover
 www.leibniz-hannover.de

Bundesrat Bayern

**Protest gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für
 Großübungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern
 (Glieder-/Bundesstaat des Staatenbundes Deutsches Reich / Deutschland)**

Öffentliche Bekanntgabe durch Hans-Joachim Lauth am 27. April 2018 bei der
 gemeinsamen Pressekonferenz mit Herrn Präsidenten Torbjörn W. F. von Oetters
 („Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“
 Damit ist auch die Bewusstseinsbildung „Bundesrepublik Deutschland“ als Nachkriegsordnung
 zu Ende.)

Die internationale Öffentlichkeit ist nun darüber informiert, dass die alliierten Mächte die
 Bewehrung von Deutschland beenden haben und Deutschland - und damit auch Bayern - somit
 wieder freigegeben wurde.

Wir, die administrative Regierung des Staates Bundesstaat Bayern (in Formgewalt durch den
 Leiter der Bundesregierung) haben die Bewehrung von NATO-Truppen auf unserem Territorium in
 Bayern, angesetzt in einem letzten Willen.

Der Staat Bundesstaat Bayern (in Formgewalt durch den Leiter der Bundesregierung) hat die NATO hat
 als internationaler Kooperationspartner (IKO) die vom langjährigen deutschen deutschen
 Volk der Bayern (als ein gemeinsames Gemeinwesen) zur Bekämpfung zu unterstützen.

Es wird hiermit der sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert!

Insbesondere war NATO-Truppen und jegliche Überführung von NATO-Truppen mit Verletzung
 des Boden- und Luftrechts von Bayern ist unzulässig und stellt daher einen schweren Bruch des
 Völkerrechts dar.

Zur Befreiung von völkerrechtswidrigen Wiederherstellung des Status quo ante (Status quo ante
 1918) Völkerrecht, Realpolitik, ist nur ein öffentlich als Bayer Bevölkerung der Nachkriegs-
 ordnung durch die Besatzungsmächte am 27. April 2018 über völkerrechtlich gesamt-
 rechtlich und in Bayern anerkannt worden. Die von den Alliierten erzwungene NATO-Bewehrung,
 Bundesrepublik Deutschland, hat das von ihr bisher erzwungene Culture in Bayern zu lösen - das
 FLNR ermöglicht die NATO-Truppen zu unserem Territorium.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde, auf dem Fundament der Wahrheit!

Gesendet bei Leibniz-Universität am 27. Mai 2018
 Seite: 14/27 (6/2018)



Hans-Joachim Lauth
Bundesrat Bayern Deutsches Reich
 Bereich Außen Angelegenheiten
 über Prozesse zu Landgericht, Am Brückengarten 9 (30112) Leibniz-Universität

Name : Büro - Bayern - DR

Fax :

Empf.-Nr. 177
Empfangsdatum und -zeit 15.06.2018 05:47
Starten /Fertigst. 15.06.2018 05:47 /15.06.2018 08:37
Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

| Empf.-Nr. | Dat. | Zeit | Typ | ID | Dauer | Seite | Ergeb. |
|-----------|-------|-------|------|------------|-------|---------|-----------|
| 177 | 15.06 | 05:51 | Send | 0032270717 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 177 | 15.06 | 05:58 | Send | 0032270717 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 177 | 15.06 | 06:00 | Send | 0032270721 | 00:41 | 001/001 | OK |
| 177 | 15.06 | 06:05 | Send | 0032270724 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 177 | 15.06 | 06:11 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 177 | 15.06 | 06:18 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 177 | 15.06 | 06:24 | Send | 0032270727 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 177 | 15.06 | 06:31 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |
| 177 | 15.06 | 06:37 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 177 | 15.06 | 06:43 | Send | 0032270728 | 00:00 | 000/001 | Keine Ant |



Bundestag Bayern
in der Funktion des parlamentarischen Ausschusses
www.bundestag.de/DeutschesReich

Ständige Rüstungsrats

Protest gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für Großübungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern (Grenz-/Bundesgebiet des Staates Bundes Deutsches Reich / Deutschland)

Die deutsche Regierung durch Frau Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 hat die gemeinsamen Protestaktionen mit Herrn Präsident Trump im Weißen Haus (Digital-Adress: „Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“

Somit ist auch die Besatzungsverwaltung „Junktimedäch Deutschland“ die Nachkriegsordnung zu Ende.

Die normale Öffentlichkeit hat von darüber hinaus, mit der üblichen Würdigung die Bedeutung von Deutschland immer noch ist Deutschland - und somit auch Bayern - nicht etwas freigegeben wurde.

Wie die amerikanische Regierung die Frauen Bundesrat Bayern (in Regierung) protestieren (siehe auf der Website: www.bundestag.de/DeutschesReich) und die meisten Truppen in Bayern, entgegen unserem klaren Willen.

Der 5.44. Bundesrat Bayern (in Regierung) ist 100% Bundesrat der NATO. Die NATO hat die in einzelne Mitgliedsstaaten (NATO) die von ihnen ausstrahlenden deutschen Teile der Bayern (siehe www.bundestag.de/DeutschesReich).

Es wird hiermit die sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert! Jeglicher Versuch von NATO-Truppen und jegliche Unterstützung von NATO-Gliedern mit Verletzung des Bundes- und Landesgesetz von Bayern in unmittelbarem und sofortigen Bruch des Völkerrechts ist zu Ende.

Zur Klärung und Selbstverständlichkeit: Wiederholung von Texten im Internet gemäß § 181 VStGB, Recht ist erfüllt, ist mit der Öffentlichkeitsbeurteilung der Sachlage verbunden durch die Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 hat vollstänlich gelagerte Rechtszustand in Bayern selbstverständlich. Die von der Abzug angeordnet § 181 VStGB, Bundesrat, Deutsches Reich, ist das von der sofortige Bruch des Bundes- und Landesgesetz von Bayern in unmittelbarem und sofortigen Bruch des Völkerrechts ist zu Ende.

Wir wünschen, ein Protest vor allen Welt vor sich, auf dem Fundament der Demokratie.

Legitimiert in 1. Abgleich am 27. Mai 2018
Jeden 06.07.2018

John Karl Riedel m. d. F. Lauer


Bundesrat Bayern Deutsches Reich
Bereich Rüstungsgeschäfte
über Poststelle in Ludwigshafen, Am Brühlweg 2 (57071) Ludwigshafen

Name : Büro - Bayern - DR

Fax :

| Empf.-Nr. | Dat. | Zeit | Typ | ID | Dauer | Seite | Ergeb. |
|-----------|-------|-------|------|------------|-------|---------|---------|
| 177 | 15.06 | 08:32 | Send | 0033270757 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |
| 177 | 15.06 | 08:36 | Send | 0033270768 | 00:00 | 000/001 | Besetzt |



Bundestag Bayern
in der Funktion des Parlamentarierbüros
www.bundestag.de/bayern
Ständiger Beauftragter

**Verbot gegen Truppenstationierungen der NATO und Truppenbewegungen für
Gründungen der NATO auf unserem Territorium in Bayern
(Glied-/Bundesstaat des Staatenbundes Deutsches Reich / Deutschland)**

Öffentliche Pressemitteilung durch Frau Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 bei der gemeinsamen Presskonferenz mit Herrn Präsident Trump im Weißen Haus (Digital-TV-Übertragung)

„Diese Zeit der Nachkriegsgeschichte ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, wieder Verantwortung zu übernehmen.“

Durch die auch die Bundesregierung „aufnahmefähig Deutschland“ als Nachkriegsgeneration zu Ende

Die internationale Öffentlichkeit ist nun darüber informiert, daß die alliierten Westmächte die Besetzung von Deutschland (westlich und Deutschland - und damit auch Bayern -) nicht anerkennen werden

Wir, die alliierten Angehörigen des Staates Bundesrepublik Bayern (in Regierungsfunktion) protestieren daher auf der Grundlage gegen jegliche Ansätze von NATO-Truppen auf unserem Territorium in Bayern, entgegen unserem freien Willen

Der 3. sa. Bundesrat Bayern (in Regierungsfunktion) ist Mitgliedspartner der NATO. Die NATO hat als internationale Nichtregierungsorganisation (NRO) ein vom Völkerrecht anerkanntes Recht, sich über die Bayern gebildet gemacht. Staatsbürgern und Staatsangehörigen zu unterstützen.

Es wird hiermit der sofortige Abzug aller NATO-Truppen aus Bayern gefordert!

Jeglicher Versuch von NATO-Gruppen und jegliche Zustimmung von NATO-Gruppen mit Verletzung des Bundes- und Landesrechts von Bayern ist unerwünscht und wird daher ein solches Recht des Völkerrechts verletzt sein.

Zur Information und weiteren Informationen: Wiederherstellung von Nato aus der (Weltweit) gemäß § 183 Völkerrecht, Bundesrecht, ist mit der 57. Sitzung der Bundestag der Nachkriegsgeneration durch die Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 bei der gemeinsamen Presskonferenz in Bayern veröffentlicht. Die von der alliierten angestrebte NATO-Veranstaltung, Bundesrepublik Deutschland, hat das von ihr bisher verantwortete Gebiet in Bayern in einem - bei Prüfung prüfung - die NATO-Truppen auf anderen Territorien

Von diesem und anderen die alle relevanten Fälle, auf dem Fundament der staatlichen

Legation in Washington am 27. Mai 2018
Index: BA 27-18 003/003


Hans-Joachim Lauth
 Bundesrat Bayern
 Bereich Außen Angelegenheiten
Offen Poststraße 2, Untergiesfeld, Am Brunnengraben 3 91074 Lohr/Lohr